

GZ: BMWFW-360.006/0003-WF/V/5/2016

ZUR VERÖFFENTLICHUNG BESTIMMT

27/4.4

Betreff: 3503. Tagung des Rates der Europäischen Union für Wettbewerbsfähigkeit (Binnenmarkt, Industrie, Forschung und Raumfahrt) am 28. und 29. November 2016 in Brüssel

Vortrag an den Ministerrat

Am **28. und 29. November 2016** fand in Brüssel die **formelle Tagung des Rates der Europäischen Union für Wettbewerbsfähigkeit** (Binnenmarkt, Industrie, Forschung und Raumfahrt) statt. Österreich war an beiden Sitzungstagen durch **StS Dr. Harald Mahrer** und zum Teil Raumfahrt auf Beamtenebene vertreten.

Teil I: Binnenmarkt und Industrie

Der Vorsitz über die Ratstagung wurde vom **slowakischen Wirtschaftsminister Peter Žiga** wahrgenommen. Die Europäische Kommission war durch Vizepräsident **Andrus Ansip** (Digitaler Binnenmarkt), Kommissarin **Elżbieta Bieńkowska** (Binnenmarkt, Industrie und Unternehmertum, sowie kleine und mittlere Unternehmen), Kommissar **Günther Oettinger** (Digitale Wirtschaft und Gesellschaft) und Kommissarin **Marianne Thyssen** (Soziales und Beschäftigung) vertreten.

Der Verordnungsvorschlag über **Maßnahmen gegen ungerechtfertigtes Geoblocking** und andere Formen der Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit, des Wohnsitzes oder des Ortes der Niederlassung des Kunden innerhalb des Binnenmarkts wurde von einer Mehrheit der Mitgliedstaaten als Kompromiss unterstützt. **StS Mahrer** betonte, im vorliegenden Text noch zu wenig Mehrwert für Konsumenten und zu viel Rechtsunsicherheit für Unternehmen zu sehen. Es dürfe keinen Eingriff in die Privatautonomie geben, da dies ein unternehmerisches Grundrecht sei. Man habe mehrfach darauf hingewiesen, dass es eine Klarstellung seitens der Kommission brauche, dass keine Verpflichtung zum Verkauf vorgesehen

sei. Von Österreich und Luxemburg wurde daher eine ablehnende Protokollerklärung abgegeben. Mehrere Mitgliedstaaten regten weitere Änderungen an bzw. stellten Textschwächen fest, die im Verlauf der weiteren Verhandlungen behoben werden müssten. Der Vorsitz hielt fest, dass der Rat aufgrund der ausreichenden Mehrheit eine allgemeine Ausrichtung verabschiedet habe. Vizepräsident Ansip verwies auf die bevorstehenden Trilogverhandlungen mit dem Europäischen Parlament.

Ein Jahr nach der Annahme erfolgte eine Orientierungsaussprache zur **Binnenmarktstrategie** und zur im November 2016 präsentierten **Start-up- und Scale-up-Initiative** der Kommission. Kommissarin Bieńkowska kündigte für Dezember 2016 die Vorlage eines Dienstleistungspakets an. Eine Gruppe von zehn Mitgliedstaaten befürwortete ein ambitioniertes Vorgehen in diesem Bereich inklusive verpflichtender Regelungen bei Verhältnismäßigkeitstests und einem harmonisierten Ansatz bei Berufsreglementierungen. Im Hinblick auf das Dienstleistungspaket wurde ein gemeinsames Non Paper von Frankreich und Deutschland vorgelegt, in welchem zur Vorsicht gemahnt werde, dass gerechtfertigte Anforderungen bei nationalen Normen nicht unterlaufen werden sollten. **StS Mahrer** unterstützte dieses Schreiben und begrüßte insbesondere das Start-up-Paket. Zentral sei die Stärkung der Wachstumsfinanzierung, etwa mit der Einrichtung eines europäischen Wagniskapital-Dachfonds, wie von der Kommission vorgeschlagen. Im Hinblick auf die Evaluierung der Binnenmarktstrategie durch den Europäischen Rat im März 2017 sei eine detaillierte Analyse durch den Wettbewerbsfähigkeitsrat im Februar 2017 notwendig.

Das informelle **Mittagessen** war dem Thema „State of play and future of the EU automotive sector“ gewidmet. Der regelmäßig stattfindende „**Check-up**“ der **Wettbewerbsfähigkeit** war im Anschluss dem Thema „Skills mismatch and future demand for skills“ gewidmet. Verdeutlicht wurde in der Diskussion, dass im Zuge der Digitalisierung eine zunehmende Lücke bei den Fertigkeiten und ein Mangel an Fachkräften für die Wirtschaft sichtbar werde. Diese Lücke müsse durch Weiterbildung und eine bessere Verbindung zwischen akademischer und beruflicher Ausbildung geschlossen werden.

Weiters erfolgte ein Gedankenaustausch zur Fertigstellung der Umsetzung und dem Inkrafttreten des **Einheitlichen Patents und des Einheitlichen Patentgerichts**. Ungeachtet der künftigen Haltung des Vereinigten Königreichs zum EU-Austritts-

verfahren, verlautbarte das Vereinigte Königreich, die innerstaatlichen Verfahren zur Ratifizierung des Übereinkommens über ein Einheitliches Patentgericht einzuleiten und alle Maßnahmen zu setzen, damit dieses möglichst rasch eingerichtet werden könne. Die Mehrheit der Mitgliedstaaten begrüßte diese Ankündigung. Von der Kommission wurde ein Ratifizierungsstand des Abkommens von 14 Mitgliedstaaten verlautbart und ein Inkrafttreten des Pakets im ersten Halbjahr 2017 angekündigt.

Unter dem Tagesordnungspunkt „**Sonstiges**“ appellierte die deutsche Delegation, der **Industriepolitik** im Arbeitsprogramm 2017 der Kommission einen höheren Stellenwert beikommen zu lassen. Weiters erfolgten Informationen des Vorsitzes zu dem Verordnungsvorschlag über die Genehmigung und die **Marktüberwachung von Kraftfahrzeugen** und Kraftfahrzeuganhängern sowie von Systemen, Bauteilen und selbstständigen technischen Einheiten für diese Fahrzeuge und zum Verordnungsvorschlag über die Zusammenarbeit zwischen den für die Durchsetzung der Verbraucherschutzgesetze zuständigen nationalen Behörden (**CPC-VO**). **StS Mahrer** hielt die Bedeutung des Vorschlags zur Marktüberwachung von Kraftfahrzeugen fest und sprach das „Peer-Review Verfahren“ an. Ein entsprechender Mehraufwand müsse vermieden werden.

Die Kommission erläuterte in weiterer Folge die Mitteilung über bestimmte Artikel der Richtlinie 98/44/EG über den rechtlichen **Schutz biotechnologischer Erfindungen**. **StS Mahrer** betonte, Österreich spreche sich weiterhin klar gegen die Zulässigkeit der Patentierbarkeit von konventionell gezüchteten Pflanzen und Tieren aus. Die in der Mitteilung dargelegte Position entspreche der Gesetzeslage in Österreich und werde daher ausdrücklich positiv bewertet. Die Ratsmitglieder wurden darüber hinaus über den **Bericht der KMU-Beauftragten**, die Ergebnisse der **Konferenz zur kollaborativen Wirtschaft** in Brüssel vom 15. November 2016, das **Urheberrechtspaket** sowie über Wettbewerbsaspekte der **europäischen Säule sozialer Rechte** und das **Arbeitsprogramm** des künftigen Ratsvorsitzes informiert.

Teil II: Forschung und Raumfahrt

RAUMFAHRT

Der Rat führte eine Orientierungsaussprache zur Mitteilung der Kommission betreffend eine Weltraumstrategie für Europa in Anwesenheit des Generaldirektors der ESA **Johann-Dietrich Wörner**.

Kommissarin Bieńkowska stellte die Mitteilung zur Weltraumstrategie vor. Auf Basis der Strategie solle die Stellung Europas als Raumfahrtmacht weiter ausgebaut und der beste Nutzen aus den Investitionen gezogen werden, um einen global wettbewerbsfähigen und innovativen Raumfahrtsektor zu schaffen. Angesichts der strategischen Dimension der Raumfahrt und der Bedeutung von Sicherheit und Verteidigung müssten Galileo und Copernicus vervollständigt, der Unterstützungsrahmen für Beobachtung und Verfolgung von Objekten im Weltraum (SST) ausgebaut und GovSatCom (Satellitenkommunikation für Behördendienste) etabliert werden, neue Trägerraketen sollten entwickelt werden und die Mitgliedstaaten seien dazu aufgerufen, Beiträge zu leisten, um die Unabhängigkeit Europas zu gewährleisten.

Die **Mitgliedstaaten** begrüßten die Weltraumstrategie und die Zusammenarbeit mit der ESA. Es sollten mehr Synergien geschaffen werden, die Wettbewerbsfähigkeit erhöht und langfristige Finanzierungssicherheit unter Wahrung der Kompetenzen der Mitgliedstaaten gewährleistet werden.

Österreich begrüßte die gemeinsame Erklärung der Kommission EK und ESA und betonte, es brauche eine langfristige Ausrichtung der Raumfahrtpolitik. Entscheidend sei die Datenverbreitung, damit sich Investitionen rentieren; wichtig seien eine gemeinsame Vorgangsweise von EU und ESA und eine funktionierende industrielle Basis. Diskussionsbedarf bestehe bei der Sicherheitsdimension sowie zu GovSatCom, wenngleich die Infrastruktur natürlich koordiniert geschützt werden müsse. In der Frage der europäischen Autonomie gelte, dass die EU als institutioneller Hauptkunde auftreten sollte.

FORSCHUNG

Den Vorsitz führte am zweiten Sitzungstag **Peter Plavčan**, der slowakische Minister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Sport.

Zunächst nahm der Rat **Schlussfolgerungen zu Maßnahmen zur Unterstützung von Nachwuchsforschern, zur Steigerung der Attraktivität wissenschaftlicher Laufbahnen und zur Förderung von Investitionen in die Humanressourcen in Forschung und Entwicklung** an.

Im Mittelpunkt der Sitzung stand diesmal ein **Gedankenaustausch** zum Bericht der Kommission über die Umsetzung der **Strategie für die internationale Zusammenarbeit in Forschung und Innovation**. Der Vorsitzende **Plavčan** betonte eingangs, dass man zur Lösung der globalen Herausforderungen (wie Klimawandel, Infektionskrankheiten etc.) die weltweit besten Forscherinnen und Forscher brauche. In Horizont 2020 verzeichne man allerdings einen Rückgang der Beteiligung aus nicht-assoziierten Staaten. Die EK schlage in ihrem Bericht zugleich Maßnahmen vor, um dieser Entwicklung gegenzusteuern. **Kommissar Carlos Moedas** bestätigte die zentralen Aussagen des Berichts. Die europäischen Forschenden benötigten die Zusammenarbeit mit internationalen Spitzenforschenden, um auch weiterhin im Wettbewerb erfolgreich sein zu können. Als Beispiele nannte der Kommissar die Forschungsinfrastruktur SESAME und die Entwicklung einer der ersten Impfungen gegen Ebola, die im Rahmen der Initiative IMI („Innovative Medicines Initiative“) entwickelt worden sei und die sich bereits in Phase II der klinischen Tests befinden. Eine künftige Initiative, die auch eine wissenschaftsdiplomatische Rolle spielen könne, sei die Initiative PRIMA („Partnership for Research and Innovation in the Mediterranean Area“), im Rahmen derer im mediterranen Raum zu Lebensmittelsicherheit und Wasserversorgung geforscht werden soll. Moedas erinnerte daran, dass die EK den Vorschlag für diese Initiative kürzlich vorgelegt hatte und betonte, dass er auf eine schnelle Einigung hoffe.

In der anschließenden **Tischrunde** meldeten sich beinahe sämtliche Mitgliedstaaten positiv zu PRIMA zu Wort. Zahlreiche Delegationen unterstützten die allgemeine Analyse der EK sowie die im vorliegenden Bericht vorgeschlagenen Schritte zur neuerlichen Steigerung der internationalen Kooperation mit nicht-assoziierten Staaten in Horizont 2020. Hervorgehoben wurde auch mehrfach die Bedeutung von langfristigen, strategischen Partnerschaften, die in der Strategie für internationale Zusammenarbeit u.a. mittels mehrjähriger Fahrpläne vorangetrieben würden.

StS Mahrer fragte, welche Haltung die EU gegenüber Forschungsteams und Jungforscherinnen und Jungforscher ausstrahle, die heutzutage alle in global orientierten Teams und Kooperationen arbeiten würden. Man müsse sich fragen, ob sich die EU einladend verhalte und ob man über nationale Herausforderungen und Budgets hinaus denke. Dafür müsse man neue Methoden anwenden, wie es Kommissar Moedas versuche. Sehr viel hänge an der Frage der Awareness.

Man müsse ausreichende Maßnahmen setzen bzw. Pilotprojekte starten, um ein „Biotop“ zu schaffen, um die besten Köpfe der Welt einzuladen, sodass sich langfristig die besten Professoren hier ansiedeln. Österreich unterstütze alle Instrumente, die Moedas hier andenke und zudem alle Ansätze, die in Richtung „Open Science“ gehen würden, unlängst sei in Österreich eine nationale „Open Innovation Strategy“ veröffentlicht worden. **Kommissar Moedas** betonte, die Kommission werde verschiedene Instrumente zur Steigerung der internationalen Beteiligung prüfen, auch werde man Hinweise, wie jene zur Reziprozität und Interoperabilität, aber auch die Wortmeldungen zu PRIMA und BONUS mitnehmen.

Unter dem letzten Tagesordnungspunkt **Sonstiges** gab es etliche Informationspunkte, darunter über die Leitinitiative zur **Quantentechnologie** und über eine hochrangige Konferenz über die **europäische Bio-Ökonomie**, die im Oktober 2016 in Bratislava stattgefunden hat. Abschließend informierte die **maltesische Delegation** über die Prioritäten ihrer Ratspräsidentschaft im **ersten Halbjahr 2017**. Im Mittelpunkt werden die weiteren Verhandlungen zu PRIMA und die Überarbeitung des Berichtswesens in Forschung und Innovation stehen, mit der Absicht, administrative Belastungen abzubauen.

Im Einvernehmen mit dem Herrn Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie stelle ich somit den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Wien, am 4. Jänner 2017
Dr. Reinhold Mitterlehner